

Es ist alles ganz eitel, sprach der Prediger, es ist alles ganz eitel

Bericht des 2. Vorsitzenden unter dem Motto:

„Wir werden nicht um den heißen Brei herumreden oder mit Vermutungen oder politisch korrekten Klischees um uns werfen. Wenn etwas wie eine Ente aussieht, wie eine Ente quakt und watschelt und es weitere Beweise dafür gibt, dass es sich um eine Ente handelt, dann werden wir es auch Ente nennen.“ (Allen & Barbara Pease: Warum Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken, S.33)

Liebe Geschwister, liebe KollegInnen,

hat jemand von Euch schon einmal solche Zeiten in der Kirche miterlebt? Welche Sicherheiten haben wir heute noch in dieser Kirche? Gibt es neue Paradigmen, neue Messlatten für kirchliches Handeln? Kommen wir mit den theologischen Begründungen noch nach für das was wir tun oder tun sollen? Worin unterscheidet sich Kirche von „draußen“? Fragen in einer Krise, Fragen, deren Antworten die Krise nicht beheben werden, weil ich den Eindruck habe, dass schon morgen niemand mehr die Fragen hören will. Eigentlich war ich versucht, diesen Bericht mit zwei Büchern von Günter Ogger zu bestreiten: „Nieten in Nadelstreifen“ und „Die EGO-AG“. In einer Zeit, in der mir Theologie zur Lyrik zu verkommen scheint, weil das Management und das Geld die Leitlinien kirchlichen Handelns setzen, ist es mir wichtig, die Theologie nicht in die Besenkammer einzusperren und habe deshalb doch zur Bibel gegriffen.

„Es ist alles ganz eitel, sprach der Prediger, es ist alles ganz eitel.“ (Kohélet 1,2)

Die momentane Debatte in unserer Kirche über Kürzungen und Einsparungen, über Verringerung des Personals wie der Investitionen, erinnert mich in der ganzen Stimmung an die, die hinter dem Kohélet-Buch steht, hinter dem Prediger Salomo: Eine „tiefe Resignation“ (Rolf Rendtorff) bedroht diesen Prediger, ein Aufbegehren gegen die Ungerechtigkeit wie bei Hiob ist nicht erkennbar. Genau diese Grundstimmung scheint mir in unserer Kirche momentan von zwei Seiten her vorzuherrschen: Bei den kirchenleitenden Organen ist diese Resignation zu spüren, deren Ausstrahlung und deren defensives Verhalten die Krise verlängert und die Spirale nach unten beschleunigt. Und diese Grundstimmung scheint mir bei vielen KollegInnen verbreitet zu sein: Da kann man offensichtlich nichts machen, es wird alles immer schlimmer – die Folge ist eine depressive Ausstrahlung, die mit der frohen Botschaft nicht einhergehen kann.

Worin liegt die Krise? Sicherlich in der Erkenntnis, dass es auch mit der Kirche nicht so weitergehen kann, wie wir kirchliches Handeln in den letzten 20 Jahren pflegten: Die Bundesregierungen schichten seit Jahren direkte Steuern auf Lohn und Einkommen um in Richtung auf Verbrauchssteuern (Strom, Sprit, Tabak und Mehrwert). Doch daran sind unsere Kirchen nicht beteiligt und so steigen die Einnahmen nicht in dem Maße, wie es die Verpflichtungsseite der Ausgaben tut. Zugleich sinkt die Anzahl derer, die über Erwerbsarbeit Steuern zahlen. Die Zahl unserer Kirchenmitglieder steigt, die im Ruhestand oder erwerbslos sind.

Die Gretchenfrage lautet nun: Wie reagiert die Kirchenleitung darauf? Unsere Kirche hat sich in den letzten Jahren der Gesellschaft angepasst und – noch viel schlimmer – die kirchenleitenden Organe der Bundesregierung. Können wir deren Meldungen schon nur schwer ertragen, weil die heutige Zeitungsüberschrift qualvoller ist, als die gestrige, so wünschen wir uns vom Landeskirchenrat zumindest eine höhere Verlässlichkeit.

Die Welt des Kohelet – was wir als „Versammlungsleiter“ oder „Prediger“ übersetzen, mit-hin ein „Pfarrer“ - war durch die Übernahme der gerade vorherrschenden Lebensart, des Hellenismus, geprägt. Wer denkt bei den Beschreibungen des ptolemäischen Juda nicht an die neuen Paradigmen in unserer Kirche? *„Auch die führenden Familien der Oberschicht von Jerusalem waren an ihrer Integration in die Führungsschicht des Reichs interessiert. Entscheidende Prestigesymbole waren griechische Sprache und griechischer Lebensstil. Der machtabgestützte hellenistische Kulturdruck muss damals überwältigend gewesen sein. Lernwillig und anpassungsfähig öffnete man sich ihm. Man übernahm Geschäftspraktiken, politische Rituale und Lebensart.“* (Norbert Lohfink). Die Euphorie muss der vergleichbar gewesen sein, mit der in München McKinsey nachgeahmt wurde, der machtabgestützte Kulturdruck auf die Kirchengemeinden und PfarrerInnen war enorm, sich dem München-Programm nicht zu entziehen. Auch die grauen Männer, die dem Landeskirchenamt die ökonomische Sprache beigebracht haben, sind längst wieder weg. Leider auch langjährige ver-diente MitarbeiterInnen, die da nicht mehr mitkommen wollten oder konnten. Und jetzt ha-ben die Abteilungen Buchstaben und Nummern, die Entpersönlichung nimmt ihren Fort-gang. Oder kann jemand mit der Stelle F3.3-7.4 etwas anfangen? Sollte aber jeder, es könnte sich darunter seine Sachbearbeiterin in der Gehaltsabrechnungsstelle verbergen. Wer A3.1-1.23 nicht von seiner Redlichkeit überzeugen kann, kommt ohnehin nicht weit – es ist die Pforte in der Meiserstraße. Könnte aber ohnehin überflüssig werden, wenn E3.1 weiter fi-nanziell und personell zurechtgestutzt wird – die kirchliche Bauabteilung. Was hätte Kohe-let zu diesem Neusprech gesagt?

„Ich sah alles Mühen an und alles geschickte Tun: da ist nur Eifersucht des einen auf den andern. Das ist auch eitel und Haschen nach Wind.“ (Kohelet 4,4)

Bei Kohelet gibt es einen Zustand der Ungleichzeitigkeit, der mich an unsere heutige Situa-tion erinnert: Damals war die Theologie für die überschaubare kleinbäuerlich-kleinstädti-sche Familie konzipiert, so wie es die Tradition vorgegeben hatte: Die Bewohner der grie-chischen Stadt, die enteigneten und versklavten ehemaligen Kleinbauern des 3. Jahrhunderts vor Christus fanden da wenig Hilfe für ihr Leben. *„In der antiken Klassengesellschaft griff aber die alte Theoretisierung des Lebens, wie sie etwa in den Sprüchen vorlag, nicht mehr. Vieles dort Definierte gab es nicht mehr. Ihren Klugheitsregeln zu folgen, konnte jetzt oft unklug sein.“* (Norbert Lohfink). Die beschriebene Ungleichzeitigkeit beherrscht auch un-sere Landeskirche: Kirchaufsichtliche Genehmigungen, Reglementierungen und Kontrol-len werden wie eh und je angewandt, aber das Pendant – die Zuschüsse, die Hilfen und die Verlässlichkeit – werden aufgekündigt. Dass dies unseren Alltag im Pfarramt und im Kir-chenvorstand nur mäßig bereichert, liegt auf der Hand. Ein zeitgemäßer Umgang mit Geld und Entscheidungskompetenzen müsste auch eine Rückwirkung auf die Tradition, sprich: die Zuordnung der kirchlichen Einrichtungen haben. Das Kirchenbild des bayerischen Lu-thertums mit der seit dem 19. Jahrhundert geltenden Macht des Konsistoriums wird in die-sen neuen Zeiten weniger tragen als dezentrale, gemeindeorientierte ekklesiologische Kon-zepte.

„Ein jegliches hat seine Zeit, und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde.“ (Kohelet 3,1)

Das Lehrgedicht bei Kohelet unterstreicht die Aussage: Man kann immer nur eins machen (vgl. Gerhard von Rad): Entweder Gebären oder Sterben, entweder Pflanzen oder Ausreißen etc. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass man nicht alles zu jeder Zeit machen kann, dass es Grenzen menschlichen Handelns gibt, die man klugerweise nicht überschreitet. Man kann nicht alles gleichzeitig tun, vor allem nichts sich Widersprechendes. Wem würden im Hin-

blick auf unsere Landeskirche nicht die widersprüchlichen Signale für unseren theologischen Nachwuchs einfallen: Angeblich ermuntern wir – ebenso wie andere Landeskirchen – SchülerInnen und AbiturientInnen, den Beruf des Pfarrers / der Pfarrerin anzugehen und Theologie zu studieren. Gleichzeitig aber werden Signale ausgesandt, die dieses Bestreben konterkarieren: Beispielsweise sollen die Vikariatsbezüge abgesenkt werden, weil der Öffentliche Dienst seinen ReferendarInnen weniger bezahle als die Kirche ihren VikarInnen. Der Alterszuschlag ab 32 Jahren soll fallen und der Verheiratetenzuschlag durch den Kinderzuschlag ersetzt werden. Aber soll es denn wirklich als Signal nach außen gehen, dass VikarInnen nach Gymnasium, Praxisjahr und 15 Semestern Hochschule gerade noch 400 Euro mehr verdienen als ein Maurerlehrling (789 Euro laut Bundesinstitut für Berufsbildung, SZ 11./12.1.2003), der 15 Jahre jünger ist? Nach den bisherigen Kürzungsplänen wird ein 32jähriger verheirateter Vikar ohne Kinder 482 Euro weniger bekommen als mit der alten Regelung. Welche Signale will man denn damit an die momentan eben nicht nachwachsende Generation senden? Dass PfarrerInnen Kostenfaktoren sind? Wir halten es für wesentlich sinnvoller, die Vikariatszeit wieder auf 24 Monate zu reduzieren und somit dem Referendariat anzugleichen (in den 6 Monaten bekommt eine juristische Referendarin A13 und liegt damit rund 10.000 Euro vor unserer Vikarin, was die bisherigen Zulagen im Vikariat locker ausgleicht). Wir wollen auch über das Praxisjahr reden, das die Ausbildungszeiten so verlängert, dass die VikarInnen eben ein so hohes Alter haben. Es ist meines Erachtens Zeit, diese Einrichtung abzuschaffen. Ebenso müssen wir über eine Verschlankung des Exams, den Sinn der Zwischenprüfung und (das Herz des Ex-Leistungskurslers bricht fast:) der Sprachprüfung in Latein reden. Wenn OKR Wasserberg (EKD) feststellen muss, dass die durchschnittliche Studiendauer in Evangelischer Theologie inzwischen 15,8 Semester beträgt, dann ist dies einfach zuviel. Ein jegliches hat seine Zeit – und die Zeit des „Verkürzens“ ist jetzt gekommen.

„Behalten hat seine Zeit, wegwerfen hat seine Zeit; zerreißen hat seine Zeit, zunähen hat seine Zeit.“ (Kohélet 3,6f)

Man kann nicht beides machen: Signale aussenden, dass man junge Menschen zum Dienst in Verkündigung und Seelsorge ermuntern will. Und Zeichen setzen, dass es dann noch lange nicht sicher ist, dass man sie nach einer langen Ausbildungszeit einstellen wird. Oder wenn doch, dann nur zu geringeren Bezügen bei ständiger Verschiebung von Besoldungserhöhungen. Die Angestellten bekommen in diesem Jahr ihre verdiente Gehaltserhöhung zum 1. April, die BeamtInnen des Freistaats zum 1. August – und wir als PfarrerInnen sollen bis zum 1. November warten? Wenn die Erhöhung verzögert an uns weitergegeben wird, wird dann auch die staatlicherseits angedrohte Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld 2004 verzögert weitergegeben? Gilt die dann erst ein Jahr später für uns? Besser wir sparen uns das Geld für die Berufsmesse gleich, ehe wir schon wieder widersprüchliche Signale aussenden. Wohlgemerkt: Wir reden hier nicht um Gratifikationen, Höherstufungen und Bonuszahlungen, sondern um den tariflich vereinbarten Inflationsausgleich. „Der einzige, der die Euro-DM spitz umgerechnet hat, ist mein Arbeitgeber – der Rest ist auf 1:1 gegangen.“

„Abbrechen hat seine Zeit, bauen hat seine Zeit.“ (Kohélet 3,3)

Man kann nicht beides machen: Die 15-Jahres-Frist umsetzen wollen und kein Geld mehr für die Pfarrhaus-Instandsetzungen zur Verfügung stellen. Neue Pfarrstellen errichten, aber kein Geld für die Dienstwohnungen bereitstellen. Auflagen in der Kirchengemeindeaufsicht machen und zugesagte Zuschüsse nicht ausbezahlen. Die Widersprüchlichkeit der Signale, die an die KollegInnen gehen, in die Gemeinden ausgesandt werden und nicht zuletzt an die Gemeindeglieder, ist nicht mehr auszuhalten. Nicht zuletzt werden durch die fehlenden kirchlichen

Aufträge für die Arbeiten in den Gemeinden die ortsansässigen Firmen geschwächt, dadurch MitarbeiterInnen entlassen, was wiederum in einen Rückgang der Kirchensteuereinnahmen mündet. Dieser Teufelskreis muss aufgebrochen werden. Wir werden die Konjunktur sicherlich nicht durch unsere kirchlichen Bauaufträge ankurbeln, aber wir könnten den Leuten mit unseren Aufträgen vor Ort ein Zeichen geben, dass wir hoffnungsvoll nach vorne blicken.

„Durch Faulheit sinken die Balken, und durch lässige Hände tropft es im Haus.“ (Kohelet 10,18)

Die bisherige Finanzpolitik muss grundsätzlich überprüft werden: Vor einem Jahr wurde der Baustopp verhängt, der abrechnungsreifen Baumaßnahmen plötzlich zugesagtes Geld entzog, der bereits genehmigte Maßnahmen stoppte und die Gemeindeabteilung des Landeskirchenamtes auf Sparflamme setzte. Seither wurden „Giftlisten“ entworfen (von der Lenkungsgruppe der Synode), „Vereinigte Listen“ (Lenkungsgruppe und Landeskirchenrat) diskutiert – und nun soll doch der „Rasenmäher“ durch alle Abteilungen des Landeskirchenamtes gehen. Seit September ist bekannt, dass unsere Landeskirche eine Rückzahlung aus dem Raum der EKD (Clearing-Verfahren) in Höhe von 50 Mio. Euro für die Jahre 1997/98 bekommt. Für uns kommt nur eine Verwendung für die Kirchengemeinden und die zugesagten Baumaßnahmen in Frage – aber es stellt sich grundsätzlich die Frage nach der Strategie: War dies ein einmaliger Ausrutscher oder bezahlen strukturell mehr bayerische Kirchenmitglieder ihre Kirchensteuern auf dem Gebiet anderer Landeskirchen, so dass generell mit Rückzahlungen der anderen Kirchen zu rechnen ist? War vorher schon manches an der Spardebatte fragwürdig (z.B. die Budgetierung der Personalabteilung, die Gehaltskürzungsdiskussion, die zusätzlichen Haushaltssperren für die Gemeinden, der Baustopp), so stellt sich auf diesem Hintergrund jedenfalls nicht mehr die Frage nach Ausrufung des kirchlichen Notstandes.

***„Es ist besser, das Schelten des Weisen zu hören als den Gesang der Toren.“ (Kohelet 7,5)
eigentlich: „Tote Fliegen verderben gute Salben; ein wenig Torheit wiegt schwerer als Weisheit und Ehre.“ (Kohelet 10,1)***

Wenig Verständnis kann ich für die Kolumne des Landesbischofs in den beiden Sonntagsblättern vom 14. September aufbringen. Hier berichtet der Bischof, dass im Jahr 2012 durch die „natürliche Fluktuation“ rund 300 PfarrerInnen weniger in der Landeskirche tätig sein würden. Nun hatte aber der Landessynodalausschuss bereits im Juni, die Pfarrerkommission im Juli, Kenntnis von dem Personalabbaukonzept des Landeskirchenrats erhalten. Ausgehend von der irrigen Annahme, man müsse die Sparvorgaben auch bei PfarrerInnen in den nächsten Jahren durchsetzen, wurde im Frühjahr bekannt gegeben, dass erst im Jahr 2012 rund 300 PfarrerInnen durch die „natürliche Fluktuation“ weniger beschäftigt seien und damit das momentane Sparziel beim Sektor „PfarrerInnen“ 6 Jahre später verwirklicht sei.

Nun wollen die drei kirchenleitenden Organe Bischof, Landeskirchenrat und Landessynodalausschuss 282 PfarrerInnen bereits in den nächsten Monaten entweder durch großzügige Vorruhestandsregelungen oder durch Abfindungen aus dem aktiven Dienst entfernen. Das sind pro Dekanat im Durchschnitt fast 4 PfarrerInnen. Wer soll deren Gemeinden auf die Dauer mitversorgen, wo doch kaum junge TheologInnen nachkommen? Davon schweigt die Bischofskolumne – den LeserInnen wird also die Zahl 2012 genannt und verschwiegen, dass man plant, schon in den nächsten Monaten 282 Kostenfaktoren „abzubauen“. Eines möchte ich festhalten: Es geht mir hier nicht um PfarrerInnen alleine, es geht mir um diejenigen Berufsgruppen, die in Verkündigung, Unterricht und Seelsorge tätig sind – aber auch Diako-

nInnen- und ReligionspädagogInnen-Stellen können ja oft mangels Nachwuchs nicht besetzt werden.

Im Kommentar des Landesbischofs finde ich ein weiteres ärgerlich: Es habe noch nie so viele PfarrerInnen in den Gemeinden gegeben wie heute – und das verdanke man der Kirchenleitung, die alle geeigneten übernommen habe. Erstens finde ich kein Wort von der Aktion „Pfarrer helfen Pfarrern“, die mit rund 6 Millionen Euro über die Solidargemeinschaft der PfarrerInnen dies erst ermöglichte. Zweitens fehlt mir die Einordnung dieser Zahlen. Unsere Gemeinden haben heute 200.000 Gemeindeglieder mehr als 1980 – bei 83 Gemeindestellen mehr. Natürlich kann ich dann behaupten: Wir hatten noch nie so viele Gemeindepfarrstellen – aber nur, wenn ich die andere Zahl mit nenne, werde ich redlich argumentieren! Wir haben über 400 Teildienstler, die gab es vor 20 Jahren natürlich auch noch nicht – die bloße Anzahl der PfarrerInnen sagt eben noch nichts aus. Welche Stimmung will die Kirchenleitung durch solche Worte an die Gemeindeglieder erzeugen? Warum sagt sie nicht auch, dass der Anteil der PfarrerInnengehälter am Gesamthaushalt bei der letzten vorliegenden Jahresrechnung (2001) fast auf das Niveau von 1981 gesunken war? Damals war der Anteil 19,5% und 20 Jahre später war der Anteil 19,9%. Das wären doch mal Überschriften, die erhellend für die Gemeinden wären.

„Wer Geld liebt, wird vom Geld niemals satt, und wer Reichtum liebt, wird keinen Nutzen davon haben. Das ist auch eitel.“ (Kohélet 5,9)

Der kirchlichen Grundaussage: Jede Pfarrerin / jeder Pfarrer, die bzw. den wir früher als mit 65 Jahren loswerden, ist eine gute Pfarrerin / ein guter Pfarrer, will ich deutlich widersprechen: Ich will ein Beispiel aus meiner kleinen Krautostheimer Welt dagegensetzen: Die Kommune hat uns nach langer Verhandlung den Betrag von 2.600 Euro an Dorferneuerungsumlage für Kirche und Friedhof erlassen. Wenn die Pfarrstelle nicht besetzt wäre, hätten die Gespräche mit den Gemeinderäten, dem Bürgermeister und der Landeskirchenstelle, die Investition in Widerspruchsverfahren und Einsprüche gar nicht in dieser Intensität vonstatten gehen können. Genauso verhält es sich mit dem Spendenaufkommen und der Verhinderung größerer Gebäudeschäden durch permanentes Dranbleiben an den notwendigen Reparaturen. Vom Seelenheil der Gemeindeglieder, von der Verhinderung von Austritten durch attraktive, aber zeitraubende Gottesdienste und Gemeindeveranstaltungen, ganz zu schweigen. Meine Aussage ist und bleibt: Eine besetzte Pfarrstelle kostet zwar Geld, aber wir arbeiten einen guten Anteil unseres Gehaltes locker wieder rein. Ich sehe unsere Kirche auf einen Zustand zutorkeln, in dem sie zwar finanziell gesund ist, aber geistlich und personell im Koma liegt.

Über die besagte Ausgabe der Bischofskolumne habe ich viel Ärger gehört – allerdings sollte man in der Kritik an ihm gerecht bleiben: Ausgehend von seinem Bericht, dass er aus seiner Zeit als Gemeindepfarrer wisse, wie schwierig es sei, sich vom Computer loszureißen, um den notwendigen Besuch zu machen, dem Bischof nun entgegenzuhalten, dass es zu seiner Gemeindezeit noch gar keine Computer gegeben habe, ist ja ausgesprochen unsachlich. Zu fragen ist allerdings, welche Bilder der Bischof hier in die Welt setzt – und wie diese Bilder über „den Gemeindepfarrer“ in den Köpfen der Gemeindeglieder weiterwirken.

„Lass den Unmut fern sein von deinem Herzen und halte fern das Übel von deinem Leibe.“ (Kohélet 11,10)

Auch durch solch unsensiblen Äußerungen gerät unser eigenes Berufsbild „PfarrerIn“ immer mehr ins Wanken, wir selbst stellen uns oft in Frage (Bin ich auch einer von den Computerbesessenen, die zu wenig Besuche machen? Bin ich's, Herr?) Je weniger ich selbst weiß, wie

die Struktur meines Pfarrberufs beschaffen ist, desto weniger kann ich ihn empfehlen. Erschreckt hat mich die Untersuchung des hessen-nassauischen Pfarrerausschusses, nach der nur 37,8% der PfarrerInnen „immer“ bzw. „wahrscheinlich“ ihren eigenen Kindern empfehlen würden, diesen Beruf zu ergreifen. Und wie immer, wenn wir in diesem Beruf etwas anderes ausstrahlen, als wir leben, bekommt die Gesamtkirche ein Problem. Wenn mir dann noch durch Signale der Kirchenleitung zu verstehen gegeben wird: Der Kirche ginge es besser, wenn Du gehst! Es gibt zu viele von Deinem Schlag! Wir brauchen nicht so viele wie Dich! Verzichte, Du kostest uns zuviel! Wenn solche Signale kommen, wird meine Motivation getrübt (Dorothea Greiner) und das Betriebsklima sinkt! Mein Wunsch für die nächsten Synodentagungen und die nächsten Verlautbarungen von Bischof und Landeskirchenrat ist das Signal an die PfarrerInnen: Wir brauchen Euch! Ihr seid Euer Geld wert! Euer Dienst ist uns wichtig! Den Rest haben wir schon oft genug gehört!

Wir sind als Kirche auf dem Weg, unsere wesentliche Botschaft zu verlieren bzw. gezielt durch eine intensive Beschäftigung mit ökonomischen Themen zu überlagern: Die Giftliste im Frühsommer hat eine Beschäftigung zahlreicher Gremien und Einrichtungen zur Folge gehabt, die die Verunsicherung der Beschäftigten vergrößert hat. Immer neue Kürzungsvorschläge haben unsere Kräfte absorbiert. Die Kirchengemeinden warten auf Gelder für ihre Baumaßnahmen und lesen dann in der Zeitung, dass es doch noch Zuschüsse der Landeskirche gibt – für die Dienstwohnung des Diakoniepräsidenten. Wir treten vor Ort mit dem Spardruck der Landeskirche vor die Leute und bitten sie um erhöhte Spenden – und lesen dann in der Zeitung von großzügigen Abfindungen im Diakonischen Werk. Wir diskutieren die Kürzungen des Landesstellenplans, bei dem ja in der Summe Stellen kassiert wurden, versuchen die neuen Situationen bewältigbar zu machen – und lesen, dass 282 PfarrerInnen vorzeitig, aber „sozialverträglich“, aus ihrem Dienst genommen werden sollen. Was haben wir nicht in diesem Jahr über Geld, Sparen und die Streichung von 1200 Stellen (so Johannes Friedrich) geredet und Zeit damit verbracht. Wir sind nicht die einzigen in diesem Land, aber wir sollten von den negativen Auswirkungen in Staat und Betrieben lernen, anstatt ihnen nachzueifern: *„Mitarbeiter fühlen sich schlecht oder gar nicht informiert, Entscheidungen werden über ihre Köpfe hinweg getroffen, Fachwissen oder langjährige Erfahrung scheinen nicht zu zählen ... Ob schlechtes Betriebsklima, Vertrauensverlust bei den verbliebenen Mitarbeitern, gesunkene Arbeitsmotivation oder innere Kündigung – solche ‚weichen‘ Stimmungsfaktoren drücken sowohl aufs Gemüt als auch auf die Bilanz ... Andrzejewski hat versucht, solche versteckten Kosten zu beziffern, und errechnete 40.000 Euro, die einem Betrieb mit 400 Beschäftigten am Tag verloren gehen – durch Flurfunk, Gerüchteküche und sonstige arbeitsferne Betätigungen der verstörten Belegschaft. Dabei geht Andrzejewski davon aus, dass sich jeder Mitarbeiter täglich nur eine Stunde mit solchen Auswirkungen des vergifteten Betriebsklimas beschäftigt.“* (Süddeutsche Zeitung, 25. August 2003 – Die Betriebsklima-Katastrophe). Wenn wir auch nur ansatzweise diese Symptome in unserer Kirche feststellen, müssen wir die Bremse ziehen auf unserer Fahrt!

„Der Ausgang einer Sache ist besser als ihr Anfang. Ein Geduldiger ist besser als ein Hochmütiger.“ (Kohélet 7,8)

Unser Beruf und seine Einordnung in den Öffentlichen Dienst und vergleichbare Berufe steht immer wieder zur Disposition. Kürzlich hat der Europäische Gerichtshof den Bereitschaftsdienst von ÄrztInnen als Arbeitszeit definiert, die Bundesregierung hat inzwischen das Arbeitszeitgesetz zur Änderung freigegeben. Wo stehen wir in diesem Prozess? Welche Folgen hat das Gesetz für unsere Teildienstler, die selbstverständlich die ganze Zeit bereit sein sollen, obwohl sie nur das halbe Gehalt beziehen? Welche Folgen hat das Urteil für un-

sere NotfallseelsorgerInnen, die Tag und Nacht mit Handy und Funkmeldeempfänger „auf Empfang“ sind, Tag und Nacht bereit sind, an die Unfallstellen zu fahren und Menschen in Extremsituationen zu begleiten? In der Umsetzung der Bereitschaftsvorschriften wünschen wir uns eine ebenso schnelle Übersetzung in den Bereich der Kirche wie bei den Absenkungen in Gehalt und Beihilfe, die an uns weitergegeben werden.

Vor einem Jahr habe ich die Vergleichbarkeit des Pfarrberufs mit dem Öffentlichen Dienst zum Thema gemacht und in der Folge manchen Tiefschlag erhalten. Anlass für mich war die Absenkung der Versorgungsbezüge von 75% auf 71,75% des letzten Gehalts. Der Landeskirchenrat und die Synode haben die Einwände beiseite gewischt und glauben trotzdem noch an ihre soziale Kompetenz. Der Deutsche Beamtenbund ist gegen diese Regelung vor das Bundesverfassungsgericht gezogen – und dem Vernehmen nach stehen die Chancen nicht schlecht, dass zumindest für diejenigen die bereits im Ruhestand oder kurz davor sind, diese Absenkung kritisiert werden wird. Damit die Ansprüche jedoch auch geltend gemacht werden können, erscheint es notwendig, dass jedeR Ruhestandsbezieher gegen seinen neuen Bescheid (zum 1. November 2003) Widerspruch einlegt bzw. einen Antrag auf Auszahlung der ungekürzten Versorgungsbezüge stellt. Entsprechende Formulierungen sind auf den Internetseiten des Bayerischen Beamtenbundes zu finden. Wir streben eine Vereinbarung mit dem Landeskirchenamt an, damit die Ergebnisse des Musterprozesses für alle Versorgungsempfänger unserer Kirche übernommen werden. Falls diese Vereinbarung nicht getroffen wird, wird jeder einzelne selbst zu den oben genannten Schritten greifen müssen, um die Absenkung zu verhindern.

„Genieße das Leben mit deinem Weibe, das du lieb hast, solange du das eitle Leben hast, das dir Gott unter der Sonne gegeben hat; denn das ist dein Teil am Leben und bei deiner Mühe, mit der du dich mühest unter der Sonne.“ (Kohélet 9,9)

By the way: Im Rahmen dieser Versorgungsabsenkung habe ich vor einem Jahr besonders auf die Ungerechtigkeit gegenüber den Pfarrfrauen hingewiesen, die bis tief in die 60er Jahre hinein ihren Beruf aufgeben mussten, um ihrem Mann den Rücken frei zu halten. Der Landeskirchenrat erklärte vor der Synode, man habe keine entsprechende schriftliche Anweisung gefunden und sei deshalb der Meinung, dass es eine solche Vorschrift nicht gegeben habe. Mir liegt ein Brief von OKR Bezzel von 1959 vor, in dem einer „Frau Pfarrer“ „namens des Landeskirchenrats“ mitgeteilt wird, „dass wir es für das Richtige halten, wenn Sie zuallererst in der Familie bleiben und für Ihren Mann und Ihre Kinder sorgen ... Bei allem Verständnis ... können wir nicht zustimmen, dass das zunehmend dazu führen soll, dass die Pfarrfrauen sich zu längerer Aushilfe (!!! HR) bereit erklären ... Wir halten es aber im allgemeinen für dringend erwünscht, dass die Pfarrfrau, für deren Mitwirkung in der Gemeinde wir immer dankbar sind, nicht einen beamteten Posten ausfülle.“ Welche, so frage ich Sie, welche Pfarrfrau hätte dieses Schreiben im Jahr 1959 nicht als direktes Verbot interpretiert? Welcher Pfarrer hätte seine Frau darauf hin nicht gedrängt, den angebotenen Aushilfsjob bei einer Volksschule auszuschlagen? Das VELKD-Pfarrergesetz von 1963 hatte im § 47 folgenden Wortlaut: „Übt die Ehefrau einen Beruf aus, so hat der Pfarrer dies anzuzeigen. Er ist verpflichtet, auf Verlangen dahin zu wirken, dass die Ehefrau um seines Dienstes willen von der Ausübung ihres Berufes absieht.“ (Amtsblatt Band II Stück 2, S.18f). Die Schludrigkeit, mit der in der Kirche über die früheren Eingriffe in Lebensentwürfe von Frauen hinweggegangen wird, finde ich bitter.

„Man gedenkt derer nicht, die früher gewesen sind, und derer, die hernach kommen.“ (Kohélet 1,11)

Wie gerne würde mich mit Theologie, Glaubensleben, neuen Gottesdienstformen, Kraft gebenden Frömmigkeitsformen und anderem beschäftigen – aber was tun wir? Ständige Abwehrkämpfe gegen Kürzungen, Verringerungen, Verschlechterungen, Reglementierungen. Jede bisherige Verordnung steht zur Disposition, weil es da angeblich einen Missbrauch gegeben habe. Ich habe den Eindruck, dass viele der neuen Regelungen und Vorlagen, die wir als Pfarrerkommission auf den Tisch bekommen, noch wirklichkeits- und pfarramtsfremder sind als die vorangegangenen. Das evangelische Milieu in der Verwaltung – man entstammte selber dem aktiven Stamm der evangelischen Gemeinden, war vielleicht sogar in einem Pfarrhaus aufgewachsen, kannte jedenfalls die Menschen draußen - scheint mir zerbrochen zu sein. Ich bin mir nicht sicher, ob hier nicht auch eine Art „Praktikum“ in den Gemeinden und Land-Verwaltungsstellen Abhilfe schaffen könnte oder eine Art 10-Jahres-Frist, in der man dann vom Landeskirchenamt auf eine Dienststelle vor Ort wechseln könnte. Wenn dann auch noch einige Verwaltungsangestellte aus der Gemeindenähe ins Landeskirchenamt kämen, wäre dies m.E. hilfreich. Wie gesagt, ich bin mir nicht sicher – aber irgendwas muss passieren.

Ich sprach von den Abwehrkämpfen, zu denen wir verdonnert sind – ich will abschließend noch einen kurzen Überblick geben:

Die **Pfarrerurlaubsverordnung** sollte rechtzeitig vor Weihnachten auf den neuen Konsens gebracht werden: Man soll die drei Ausgleichstage für Weihnachten nun auch wieder „zwischen den Jahren“ nehmen können und im Zusammenhang mit anderen freien Tagen. Die endgültige Version werden wir in der Oktober-Sitzung der Pfarrerkommission vorgelegt bekommen.

Die **Haushaltsbekanntmachung zur Amtszimmerentschädigung** wird einigen Ärger von 2003 durch klarere Formulierungen verhindern, einiges wird bleiben: Künftig ist vorgesehen, dass das Amtszimmer gleich das Studierzimmer ist, für das wir bis zu 440 Euro erhalten können. Für die übrigen Amtsräume (Büro, Kopierraum, WC, Flur etc.) können bis maximal 220 Euro vom Kirchenvorstand beschlossen werden. Falls bei den KollegInnen der Eindruck entsteht, dass diese Summen den Strom, die Heizung, das Wasser und die Reinigung dieser Räume für 12 Monate nicht abdecken, haben wir von der Pfarrerkommission angeregt, auf den Einbau teurer Zähler zu verzichten und stattdessen die anteiligen Quadratmeter der Wohnung / des Pfarrhauses entsprechend auf die Gesamtkosten der Nebenkosten umzurechnen und erstatten zu lassen. Wahrscheinlich werden dann unsere Kirchengemeinden höhere Ausgaben haben - aber die sind ja in der Regel weit weg von den Formulierern.

Die **Haushaltsbekanntmachung zu „Fernmeldekosten“** soll den Bereich der Handys neu regeln: Künftig sollen die Kirchengemeinden keine Handy-Verträge mehr aufrecht erhalten, die Handys sollen privat angeschafft werden. Die Kirchengemeinde erstattet dann entweder pauschal 25% oder per Verbindungsnachweis die dienstlichen Telefonate und maximal 50% der Grundgebühr. Auch in diesem Punkt kann ich nur auf meine vorherigen Äußerungen zur Kirchengemeindeferne der Abteilungen machen: Was ist das höhere Gut? Besteht eine Kirchengemeinde darauf, dass der Pfarrer / die Pfarrerin erreichbar ist, wird sie einen für sie günstigen Weg wählen. Wenn kirchengemeindeübergreifend regionale Handys angeschafft wurden, um – wie ich dies in Nürnberg erlebt habe – die Wochenendrufbereitschaft außerhalb der Bürozeiten zu gewährleisten, ist jetzt ein Problem geschaffen: Mein privates Handy werde ich jedenfalls a) nicht weitergeben und b) nicht auf den Anrufbeantworter des Pfarramtes verewigen. Ähnlich verhält es sich mit Notfallseelsorgehandys auf Dekanatsebene.

Die vielen Arbeitsstunden, die im Gefolge dieser Neuregelung anfallen werden, werden uns wieder von wichtigeren Dingen abhalten.

Nachdem die **Jahresgespräche** zum 1. Januar 2004 verbindlich eingeführt werden, hoffen wir dass unsere „Gravamina“ vom vergangenen Jahr (Flexibilität bei der Person, mit der sie geführt werden; geklärter Aufbewahrungsort für die Notizen aus dem Gespräch) in der Praxis berücksichtigt werden. Wir hoffen, dass wir aus der Tatsache, dass wir keine negativen Meldungen von KollegInnen im Hinblick auf Jahresgespräche erhalten, den Schluss ziehen können, dass sie vor Ort zur Zufriedenheit laufen.

Dass nun wieder eine **Beurteilung** in Kraft gesetzt werden soll, finden wir unverständlich und wieder eines dieser widersprüchlichen Signale, von denen uns Kohelet 3 abhalten sollte: Zuerst signalisiere ich einer Kollegin im Jahresgespräch, dass ich sie fördern möchte, auch in ihren Schwächen und anschließend gebe ich ihr eine Note für die Schwäche? Zumal diese Beurteilung so überhaupt keine Auswirkung haben wird für Beförderung oder Gehalt. Unsere Meinung: Lasst uns das Vertrauen, das mit den Jahresgesprächen aufgebaut wird, nicht wieder konterkarieren durch die Wiedereinführung der Beurteilungen.

„So geh hin und iss dein Brot mit Freuden, trink deinen Wein mit gutem Mut; denn dies dein Tun hat Gott schon längst gefallen.“ (Kohelet 9,7)

Was bleibt? Das Buch Kohelet ist im Judentum dem Laubhüttenfest zugeteilt (Norbert Lohfink), weil seine letztendliche Botschaft zur Freude aufruft. Kohelet durchbricht die Depressivität, dieses Sich-Immer-Weiter-In-Die-Krise-Reden. Seine Schlussfolgerung ist: Genieße den Tag, das, was Dir beschert ist, strahle diese Zuversicht aus und vertraue auf Gott. Dass dieses Gott-Vertrauen kein untätiges Dasitzen bedeutet, wissen wir. Beachtlich finde ich diese Schlusswendung dieses so realistischen und modernen Buchs: *„Die großen Wirtschaftsschwankungen ... wirken sich verunsichernd aus, sie sind unbestimmbar und unvorhersagbar ... Die Welt und ihre Ordnung ist in der Tat ... nicht mehr durchschaubar.“* (Frank Crüsemann). Kohelet schrappt manchmal ziemlich knapp am Zynismus vorbei in seiner Analyse – und wird doch kein Zyniker. Er ruft letztlich zum Genuss und zum Tun auf: Das wahrzunehmen und anzunehmen, was wir an Positivem haben und die anstehenden Arbeiten ehrlich und sauber zu erledigen – so rät es Kohelet.

Ich muss allerdings sagen: Mir fehlt es schon sehr, dass unsere Kirchenleitung diese theologische Grundaussage der Bibel so wenig nach außen hin ausstrahlt. Wenn Theologie eben nicht nur die Rolle der Petersilie auf dem Braten hat, sondern ernsthaft unsere Kirche trägt, dann würden die Chancen der momentanen Krise wahrgenommen und nicht nur die notwendigen Einschnitte. Möglich, dass Martin Luther dies vor Augen hatte, als er seine Mitstreiter an der Kirchenreform ermahnte: **„Aus einem verzagten Arsch kommt kein fröhlicher Furz.“** Ich erlebe in den Kirchengemeinden vor Ort viel Engagement, Phantasie und Bereitschaft zum Anpacken – dies und die tatkräftige Fröhlichkeit zu nutzen, ihnen aber auch notwendige Mittel, Freiheiten und anständig bezahltes Personal zuzugestehen, wäre das Gebot der Stunde. Alles andere wird uns dann selbstverständlich zufallen. **„Alles, was dir vor die Hände kommt, es zu tun mit deiner Kraft, das tu!“ (Kohelet 9,10)**

Hermann Ruttmann, 6. Oktober 2003